

Brücken Hochstapelei?

Vor rund einem Jahr wurde die Idee des Ingenieurs Léon Nilles, eine Hängebrücke über dem renovierungsbedürftigen Pont Adolphe anzubringen, recht wortkarg von der Regierung verworfen. Diesen Sommer startet der Luxemburger Designer Jaco Diederich den Versuch den vorangegangenen Lösungsvorschlag für das Bau-dilemma in umgewandelter Form wieder ins Gespräch zu bringen. Der Vorteil einer solchen übereinander stehenden Doppelkonstruktion wäre natürlich, dass sich Diskussionen über den Bau oder den Standort einer zweiten definitiven Brücke erübrigen würden. Nach der Idee von Jaco Diederich würde die neue, autonom getragene Brücke 4,5 Meter über der jetzigen Fahrbahnspur verlaufen und mit witterungsbeständigen Stahlringen im Felsgestein der Altstadt verankert werden. Für die "Nei Bréck" an sich müssten laut neuem Plan keine Stabilisierungsmaßnahmen in die Wege geleitet werden, weil die starke Verkehrsbelastung auf die neue Fahrbahn über der alten Brücke übertragen würde. Eine Besonderheit, die jedoch Umänderungen am Pont Adolphe erfordern würde, wäre das Element einer begehbaren Glasfläche, welche laut Diederich die getrennt stehenden Brückenbögen der "Nei Bréck" verbinden würde.

Hochofen: Einseitig erörtern - dann fördern?

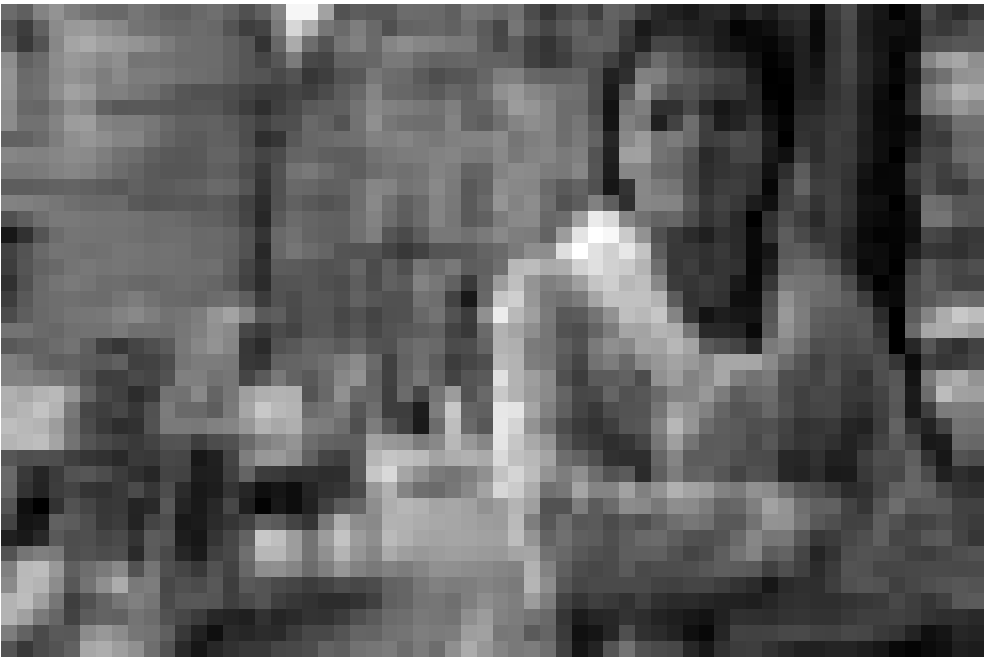
"Das Konzept bleibt bestehen: Hochofen A soll in seiner Funktionalität, Hochofen B als Silhouette konserviert werden (...) Was noch diskutiert werden muss das sind Detailfragen, die die Umsetzung des Konzeptes betreffen", sagte kürzlich Kulturminister François Biltgen in einem Interview auf RTL. Dass die 'Akte Hochöfen' einfach zugeklappt werden soll - obwohl das von den Verantwortlichen angewandte Verfahren der Konzeptualisierung höchst diskutabel ist - dagegen wehrt sich auch der Mouvement écologique. In einer rezenten Pressemitteilung ärgert sich der Méco, dass bisher - entgegen der Behauptung des Ministers - der Diskurs zum Erhalt der Hochöfen nur scheinbar stattgefunden habe: So wurden die zur Konzeptevaluierung bestehenden Arbeitsgruppen aus Fachleuten und privaten Interessenten, ab einem bestimmten, jedoch entscheidenden Zeitpunkt nicht mehr einberufen. Auch die Leiterin des "Service des Sites et Monuments" weist darauf hin, dass der Kompromissvorschlag des Fonds Belval im Vorfeld nicht mit der Denkmalschutzbehörde diskutiert wurde. Weder Gegenexpertisen noch eine Einbindung der Hochofenanlage in den geplanten Architekturwettbewerb befinden die Zuständigen für nötig. Statt dessen würde das Ministerium nun "Promotionskampagnen" starten, um die fehlende Legitimität zu gewinnen, so der Méco.

Vom Wasser haben wir's gelernt

Die Wasserwirtschaftsverwaltung, die einen Aufruf zum Wassersparen lanciert hatte, stellte am 21. Juli in einem Communiqué fest, dass der Verbrauch nicht ausreichend gesenkt wurde - und appellierte ein weiteres Mal an die Vernunft der BürgerInnen. Weniger dramatisch klang die Meldung in der Voix ein paar Tage später: Zwar haben die Wasserlieferungen der Sebes diesen Sommer einen historischen Höchststand erreicht. Doch die Sebes hält eine Reserve von 12.000 Kubikmeter Stauseewasser bereit - das reiche, so deren Direktor Georges Kraus, um über den Sommer zu kommen. Kritisch sieht dagegen der Mouvement écologique die Zentralisierung der Wasserwirtschaft in Luxemburg: Alljährlich würden lokale Quellfassungen aufgegeben und stattdessen Sebes-Wasser benutzt. Die Umweltorganisation plädiert für steigende Kubikmeterpreise, um die BürgerInnen zum Sparen anzuhalten. Dabei sind die Wasserpreise in den meisten Gemeinden so hoch wie nie zuvor. Dass kaum jemand deswegen seinen Verbrauch drosselt, bestätigt, was KritikerInnen seit langem behaupten: Die von der EU geforderte "Kostenwahrheit" trägt überhaupt nichts zum Umwelt- und Ressourcenschutz bei. Sinn macht sie vor allem als Vorstufe der Privatisierung des Wassersektors.

Anfang Juli gab das Parlament seine Zustimmung zum neuen Mietgesetz. Zu den KritikerInnen, die im neuen Text die soziale Komponente vermissen, gehört auch Vera Spautz. Die woxx unterhielt sich mit der LSAP-Abgeordneten über die negativen Konsequenzen des Gesetzes und ihre Gründe, trotzdem dafür zu stimmen.

(Foto: Christian Mosar)



MIETGESETZ

"Die LSAP muss ihre Versprechen halten"

woxx: Das neue Gesetz soll durch Anreize für Investoren helfen, die Zahl der Wohnungen zu erhöhen und so langfristig die Preise zu drücken. Das klingt nicht nach einem sozialen Mietgesetz.

Vera Spautz: Wir haben zwar keine totale Liberalisierung der Preise, so wie sie der Staatsrat forderte. Aber die Maßnahmen, die im Gesetz vorgesehen sind, bringen überhaupt nicht das, was eigentlich gewollt war. Die Preise werden eher ansteigen.

Sie sind in Esch Schöffin für Soziales und sozialen Wohnungsbau. Was erwarten Sie sich konkret?

Vor allem die Lockerung der Mietpreisfixierung bei den vor 1944 gebauten Wohnungen wird Konsequenzen haben. Einerseits wird es zu Kündigungen kommen, weil Mieter die Preise von renovierten Wohnungen nicht mehr zahlen können. Dadurch wird der schon bestehende Trend, dass Mieten nicht mehr gezahlt werden können, noch verstärkt. Und weil nun der mögliche Aufschub bei Kündigungen von Mietverträgen auf maximal 15 Monate fixiert wurde, wird die Zahl der Ausweisungen aus Wohnungen weiter wachsen.

Die Lockerung der Mietpreisfixierung bei Wohnungen von vor 1944 wird allgemein als Fortschritt gesehen.

An sich ist der Mietpreis an das investierte Kapital gebunden. Ich wage aber zu bezweifeln, dass das klappt. Es gibt Vermieter, die bereit sind, ihren Ertrag wieder zu investieren. Es gibt aber auch andere: In Esch mussten wir bereits Häuser räumen, weil ihr Zustand katastrophal war - kürzlich etwa in der Alzette-Straße ein ganzes Haus mit einem Dutzend Haushalten. Und der Besitzer des Hauses ist durchaus wohlhabend. Man hat uns in der Parlamentskommission eine so genannte Studie des Fonds de Logement vorgelegt, nicht mehr als eine Tabelle. Darin wurde vorgerechnet, dass einige Leute heute mehr Miete zahlen als nach Anwendung des neuen Gesetzes. Ich bin da eher skeptisch. Nach Expertenmeinung wird dieses Gesetz eher die

ehrlichen Vermieter bestrafen und die unehrlichen belohnen. Wenn die Vermieter die Mieten heraufsetzen, bleibt den Mietern nur, den Fall vor die Mietkommission zu bringen.

Die Privatbeamtenkammer hat bedauert, dass es weiterhin keine reelle Überwachung der Mietpreise geben wird.

Diese Idee wurde in der parlamentarischen Kommission nicht angenommen. Die für Wohnungsbau zuständige Kommission ist nicht gerade gut bestückt mit Leuten, die im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und des Mieterschutzes aktiv sind. Sie ist mehrheitlich besetzt mit Besitzern von Eigenwohnungen. Es war in der Kommission enorm schwer, die Rechte der Mieter zu verteidigen, die in sozialen Schwierigkeiten sind.

Wo sehen Sie denn Verbesserungen gegenüber dem alten Gesetz?

Eine wichtige Verbesserung ist zum Beispiel die Neustrukturierung der Mietkommissionen und die Klärung ihrer Funktionen. Hier ist auch eine Professionalisierung vorgesehen. Ein Problem war bislang, dass ihre Mitglieder nach Parteikarte genannt werden, und nicht unbedingt aufgrund ihrer Kompetenzen in dem Bereich.

Sie meinten noch im Herbst, der Gesetzentwurf trage die Handschrift der alten Koalition. Weshalb wurde kein neuer Text vorgelegt?

Weil die CSV das nicht wollte. Es gab lediglich eine Einigung, in

verschiedenen Punkten Änderungen herbeizuführen.

Trotzdem haben Sie für das Gesetz gestimmt.

Ja, um mittels einer Motion das Ministerium in die Pflicht zu nehmen. In dieser Motion wird verlangt, dass bis Ende 2007 eine Evaluation des Gesetzes vorgenommen werden muss, um darzulegen, ob das erklärte Ziel des Gesetzes erreicht wird - nämlich die Schaffung von mehr Mietwohnungen - oder ob es nicht eher eine stärkere Nachfrage nach sozialen Mietwohnungen geben wird, wovon ich absolut überzeugt bin. In der Motion wird verlangt, dass die Maßnahmen, die nun schon seit Jahren von der Regierung angekündigt werden, zuletzt wiederum am 15. Mai, endlich umgesetzt werden. Dabei geht es darum, die Wohnungs- und Grundstückspreise zu stabilisieren bzw. zu drücken. Ich habe mich überzeugen lassen, dass dies alles auch wirklich durchgezogen wird.

Hätten diese Maßnahmen nicht komplementär zum neuen Gesetz eingeführt werden müssen?

Genau. Meiner Meinung nach hätten im sozialen Bereich weit stärkere Engagements getroffen werden müssen, bevor man ein solches Gesetz in Kraft treten lässt. Ich hatte in meiner Fraktion aber keine Unterstützung, um bei der Diskussion um den Gesetzentwurf in diese Richtung zu verhandeln, weil einfach der Koalitionsvertrag diese Maßnahmen nicht vorsah.

Was halten Sie denn konkret von den Maßnahmen, welche die Regierung im Mai vorgeschlagen hat?

Für mich sind das einfach im Moment unbekannte Objekte. Sie sind nicht einsatzbereit, und sie sind nicht mit den Akteuren in der Wohnungspolitik gemeinsam gestaltet worden. Ein Beispiel ist der "Pacte Logement" zwischen Staat und Gemeinden. Am Tag nach der Ankündigung hatte der Wohnungsbauminister von der Stadt Esch einen Brief vorliegen, dass wir über diese Maßnahme informiert werden und uns eventuell beteiligen

möchten. Wir haben jetzt die Antwort bekommen, man sei dabei, diese Maßnahme auszuarbeiten, und dass wir zu gegebener Zeit informiert werden würden. Ich bin über diese Antwort nicht sehr überrascht, dafür bin ich hier in Esch schon zu lange mit dem Dossier befasst.

Gerade die beiden Parteien, die sich die Sozialpolitik auf ihre Fahne geschrieben haben, haben jetzt dieses Gesetz durchgesetzt.

Das ist nicht nur in diesem Dossier der Fall. Wenn ich an die Tripartite-Beschlüsse denke, frage ich mich, inwieweit Sozialpolitik überhaupt noch auf der Agenda steht. Die Erhöhung der Bahnpreise, die Heraufsetzung der Gemeindetaxen, die Verteuerung der Preise bei den Maisons Relais, das macht sich alles im Geldbeutel der Leute bemerkbar. Armut und Verschuldung steigen in Luxemburg an. Die Politik macht einen riesengroßen Fehler, weil sie diese Dossiers nicht übergreifend und vernetzt behandelt. Es muss nach Wegen gesucht werden, um die sozial Schwachen zu schützen, die riskieren, auf der Strecke zu bleiben. Und das verlange ich auch von einer LSAP, die sich in den Sozialdossiers immer auf die Seite der kleinen Leute gestellt hat.

Sind Sie in diesem Dossier die Alibi-Sozialfrau der LSAP?

Ich weiß nicht, ob man es so ausdrücken kann. Die LSAP hat vor den Wahlen ganz klar eine andere Position eingenommen als jene, die schließlich in der Koalitionsvereinbarung festgehalten wurde. Das stört mich, weil es ein sehr wichtiges Dossier ist.

Im Wahlprogramm der LSAP gab es ein ganzes Kapitel zum Wohnungsbau. Darin steht unter anderem: "Die Sozialisten werden den Mieterschutz absichern." Hat Ihre Partei versagt?

Es ist zumindest ein Widerspruch. Nach dem letzten Kongress der LSAP im Frühling wurde eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, in der auch ich Mitglied bin. Ich möchte, dass die damals gemachten Vorschläge mit Rückendeckung unserer Parteileitung diskutiert und an unsere Regierungsmandatäre herangetragen werden. Diese Versprechen müssen auch umgesetzt werden.

Interview: Renée Wagener

Zur Person
Vera Spautz, Abgeordnete der LSAP und Mitglied der parlamentarischen Kommission, die sich mit Wohnungsfragen befasst. Als Schöffin im Escher Gemeinderat mit der Sozialpolitik und den Sozialwohnungen betraut, ist sie konkret mit den Konsequenzen von Wohnungsnot und hohen Mietpreisen konfrontiert.